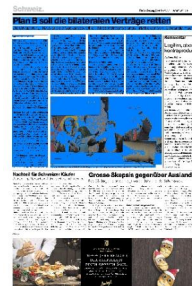


Basler Zeitung
4002 Basel
061/ 639 11 11
www.baz.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 59'124
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich



Themen-Nr.: 200.011
Abo-Nr.: 1093893
Seite: 5
Fläche: 50'309 mm²

Plan B soll die bilateralen Verträge retten

Die Gruppierung «Raus aus der Sackgasse» will die Masseneinwanderungs-Initiative der SVP rückgängig machen



Lancieren die kürzeste Initiative der Geschichte. Franziska Barmettler, Leo Caprez und Beat Ringger. Foto Keystone

Von Daniel Ballmer, Bern

«Eis», oder für alle Nicht-Berner: Eins. So hiess das erste Soloalbum von Rapper Greis. Und die Eins trägt der Musiker auch jetzt auf dem Rücken. Denn Greis hat als Erster die von der Gruppe «Raus aus der Sackgasse» gestern in Bern lancierte Initiative unterzeichnet. Das Volksbegehren trägt den Titel «Raus aus der Sackgasse! Verzicht auf die Wiedereinführung von Zuwanderungskontingenten».

«Wir lancieren damit die kürzeste Volksinitiative in der Geschichte der Schweiz», sagte Mitinitiant Leo Caprez vor den Medien. Ihr Inhalt bestehe aus

einem Wort: aufgehoben. Der nach dem knappen Ja zur SVP-Masseneinwanderungs-Initiative in die Verfassung geschriebene Artikel 121a soll wieder aufgehoben werden. Dieser schreibt vor, dass die Schweiz die Zuwanderung von Ausländern eigenständig und mit Kontingenten steuert. Gleichzeitig soll die neue Bestimmung gestrichen werden, wonach völkerrechtliche Verträge, die diesem Artikel widersprechen, neu zu verhandeln und anzupassen sind – und zwar bis zum 9. Februar 2017, drei Jahre nach Annahme der SVP-Initiative.

Rückzug bei Erhalt der Bilateralen

Die grosse Befürchtung der Initianten: Die Zuwanderungs-Initiative kann nicht umgesetzt werden, ohne gleichzeitig die bilateralen Abkommen zu kündigen. Immerhin habe die EU mehrfach deutlich gemacht, dass weder Kontingente noch Inländer-Vorrang damit vereinbar seien. «Sollte eine Kündigung unvermeidbar sein, möchten wir dem Volk die Möglichkeit geben, den Entscheid vom 9. Februar nochmals zu überprüfen», sagte Caprez. Schliesslich sei das überaus klare Abstimmungsergebnis zur Ecopop-Initiative ein Zeichen dafür, «dass eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung gewillt ist, die offenen Beziehun-

Basler Zeitung
4002 Basel
061/ 639 11 11
www.baz.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 59'124
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich



Themen-Nr.: 200.011
Abo-Nr.: 1093893
Seite: 5
Fläche: 50'309 mm²

gen zu Europa weiterzuführen».

Die Initianten sprechen gleichzeitig von einem Plan B: Wenn die SVP-Initiative doch unter Beibehaltung der bilateralen Verträge umgesetzt werden kann, dann wollen sie ihr eigenes Volksbegehren zurückziehen. Doch das sehe derzeit nach der «Quadratur des Kreises» aus, ergänzte Mitinitiant Sean Serafin. Dabei sei der volle Zugang zum europäischen Binnenmarkt von zentraler Bedeutung, ergänzte Franziska Barmettler vom Wirtschaftsverband swisscleantech.

Doch die Zeit drängt. Die Initianten haben daher einen ehrgeizigen Zeitplan aufgestellt. Noch vor dem 9. Februar 2017 soll über ihre Initiative abgestimmt werden. Gibt es bis dahin kein Ausführungsgesetz zur Umsetzung des Artikels 121a, muss er per Verordnung umgesetzt werden. Die als Verein organisierte Gruppierung will das Begehren mit den dazu nötigen 100 000 Unterschriften daher schon Ende 2015 einreichen.

«Raus aus der Sackgasse» sei eine Bürger- und nicht eine Parteieninitiative. Unterstützt wird sie von rund 300 Personen aus Politik, Wirtschaft, Forschung und Kultur. Dazu gehören etwa alt Bundesrätin Micheline Calmy-Rey, alt Bundesgerichtspräsident Giuseppe Nay, Künstlerin Pipilotti Rist, Fussballer Andy Egli, Clown Dimitri und der Basler Professor Georg Kreis. Hinter dem Anliegen steht zudem Unternehmer und Milliardär Hansjörg Wyss. Er hatte bereits im Oktober angekündigt, er sei bereit, eine allfällige Initiative zur Erhaltung der bilateralen Verträge finanziell zu unterstützen. Ebenfalls unterstützt wird die Initiative vom Verband des Personals Öffentlicher

Dienste (VPOD) und swisscleantech.

Skepsis bis Ablehnung

Bei Parteiponenten kommt die Initiative ganz schlecht an: «Ich war auch gegen die SVP-Initiative, aber so geht es nicht», sagt CVP-Präsident Christophe Darbellay. «Mit dieser neuen Initiative wird der Volkswille nicht respektiert. Da habe ich ein anderes Demokratieverständnis.» Dieses Engagement hätte er sich vor der Abstimmung vom 9. Februar über die Masseneinwanderungs-Initiative gewünscht.

In dieselbe Kerbe haut Toni Brunner: Für den SVP-Präsidenten ist nicht nachvollziehbar, dass ein neuer Bundesverfassungsartikel noch im selben Jahr rückgängig gemacht werden soll. «Dieses Vorgehen ist wohl einmalig und äusserst fragwürdig.» Er scheue den Abstimmungskampf aber gar nicht. Denn das Volk habe klargemacht, dass es für das Problem der Masseneinwanderung eine Lösung braucht. Brunner: «Aber zuerst müssen die Initianten überhaupt 100 000 Unterschriften zusammenbekommen. Das wird schwer genug für sie.»

Weniger strikt zeigt sich Christian Levrat: «Es gehört zu einer Demokratie, dass man über eine Frage mehrfach befinden kann. Über die AHV haben wir fünfmal abgestimmt», sagt der SP-Präsident. Allerdings hält auch er eine Initiative nicht für das geeignete Mittel. Bis sie in ein paar Jahren zur Abstimmung kommt, sei ihre Forderung vielleicht schon wieder überholt. Denn bis dahin habe sich das Schweizer Volk sicher nochmals zum Verhältnis zur EU äussern müssen, etwa zu den Bilateralen III.